

Aus dem Stadtrat: Beigeordnetenwahl I

Manuela Matz ist neue Wirtschaftsdezernentin CDU nach mehr als sieben Jahren zurück im Mainzer Stadtvorstand

Die CDU ist nach mehr als sieben Jahren endlich zurück im Mainzer Stadtvorstand. Manuela Matz wurde in einer denkwürdigen Stadtratssitzung am 21. November 2018 im ersten Wahlgang zur neuen Beigeordneten für Wirtschaft, Stadtentwicklung, Liegenschaften und Ordnungswesen gewählt. Sie setzte sich mit den Stimmen der CDU-Stadträte gegen Thomas Rosner durch, der von der FWG-Fraktion vorgeschlagen wurde. Die Ampelkoalition, die nach dem plötzlichen Rückzug des liberalen Amtsinhabers Christopher Sitte ohne eigenen Kandidaten dastand, enthielt sich. Zu Beginn der Ratssitzung hatten die FDP-Stadträte Walter Koppius und Cornelia Willius-Senzer im Namen der Koalition noch versucht, die Wahl von der Tagesordnung zu nehmen. Ihr Antrag verfehlte die notwendige Zweidrittel-Mehrheit aber deutlich. Damit war der Weg für Manuela Matz frei. Die Unternehmerin aus Hechtsheim trat ihr Amt bereits am 8. Dezember 2018 an und kann jetzt acht Jahre die Zukunft der Stadt aktiv mitgestalten.

In ihrer Vorstellungsrede betonte die CDU-Kandidatin, dass sie Dezernentin für alle Mainzerinnen und Mainzer sein, ein offenes Ohr für alle haben sowie parteiübergreifend agieren wolle. „Ich möchte mit meinen vielfältigen praktischen Erfahrungen als Unternehmerin der Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik der Stadt Mainz frischen Schwung verleihen.“ Sie wisse, wie Unternehmen ticken, und sie wisse, wie Unternehmer ticken. Matz kündigte an, dafür zu sorgen, dass sich der Wirtschaftsstandort Mainz positiv weiterentwickelt. Thematisch werde sie sich dafür einsetzen, den Tourismus zu fördern und auszubauen, neue Gewerbegebiete zu entwickeln und Mainz zu einer Smart City zu machen. Um etwa alle Stadtteile flächendeckend mit schnellem Internet zu versorgen, habe sie vor, eine Task Force zu gründen, die sich ausschließlich diesem Thema widmet. Auch müsse das Zentrenkonzept weiterentwickelt und flexibler gestaltet werden. Sie hoffe auf ein konstruktives Miteinander im Stadtvorstand und eine gute Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinweg. Genau das würden die Menschen erwarten. „Ich freue mich sehr auf meine neue Aufgabe und möchte mich mit ganzer Kraft für unsere Stadt einsetzen“, so Matz.

Bei der CDU war die Freude nach der Wahl groß. „Wir freuen uns riesig, dass wir endlich wieder im Stadtvorstand vertreten sind. Manuela Matz wird mit ihren Ideen und ihrer anpackenden Art frischen Schwung in die Verwaltung bringen und positive Akzente setzen“, erklären der Fraktionsvorsitzende Hannsgeorg Schönig und die Kreisvorsitzende Sabine Flegel.



Manuela Matz ist voller Tatendrang:

„Ich freue mich sehr auf meine neue Aufgabe und die vielen spannenden und interessanten Herausforderungen, die jetzt auf mich warten.“



Fotos: CDU-Stadtratsfraktion



Aktuelles: Geschäftsführung ZBM**CDU: Ampel geht es nur um Macht und Posten****SPD, Grüne und FDP wollen Manuela Matz als Geschäftsführerin verhindern**

Als vor einigen Jahren die Zentrale Beteiligungsgesellschaft (ZBM) gegründet wurde und es um die Besetzung der Geschäftsführerposten ging, da war für die Ampel und die Verwaltung eines völlig klar: der Wirtschaftsdezernent, damals noch Christopher Sitte von der FDP, muss zwingend für eine solche Position berücksichtigt werden, weil insbesondere die Bereiche Wirtschaft, Ansiedlungen und Liegenschaften thematisch besonders stark in die Arbeit der ZBM involviert seien. An der Arbeit der Holding hat sich seitdem kaum etwas geändert. Nur eines ist seit kurzer Zeit neu: das Wirtschaftsdezernat wird nicht mehr von der FDP, sondern mit Manuela Matz von einer CDU-Frau geführt. Genau deshalb soll jetzt plötzlich die fachliche Begründung nicht mehr gelten. Vielmehr benötigt die Ampel für die FDP, die jetzt nicht mehr im Stadtvorstand vertreten ist, einen neuen Posten. Der Plan: die neue Beigeordnete Manuela Matz soll nicht zur Geschäftsführerin der ZBM berufen werden. Stattdessen soll diese Stelle ein Vertreter aus der Ampel erhalten.

Dieser Plan stößt bei der CDU auf heftige Kritik. „Die Ampelkoalition zeigt mit ihrem Vorhaben einmal mehr, worum es ihr nur noch geht: um Macht und um Posten. Eine solche Politik des Mehrheitsmissbrauchs ist verantwortungslos“, erklären der Fraktionsvorsitzende Hannsgeorg Schönig und die Kreisvorsitzende Sabine Flegel. Die Union sei von der Ampel mittlerweile viel gewöhnt, dieser aktuelle Vorgang schlage aber dem Fass den Boden aus. Völlig ohne Grund werde das politische Klima durch eine solche Entscheidung vergiftet.

Dass offenbar bereits Fakten geschaffen wurden, noch bevor Manuela Matz ihr neues Amt angetreten hat, sei die Spitze des Eisbergs und der Gipfel der Geschmacklosigkeit. „Es ist unanständig, eine gewählte neue Dezernentin aus rein machtpolitischen Gründen vor vollendete Tatsachen zu stellen und ihr mit der Entscheidung Handlungsfähigkeit und Spielräume zu nehmen“, kritisieren die beiden CDU-Stadträte. Eine Wirtschaftsdezernentin müsse zum Wohle der Stadt in wichtige Entscheidungsprozesse eingebunden werden. „Es ist bedenklich, dass für die Ampel das Parteibuch wichtiger ist als Fachkompetenz“, sagen Hannsgeorg Schönig und Sabine Flegel.

Dass es SPD, Grünen und FDP tatsächlich nur um Posten geht, zeigen zudem aktuelle Äußerungen vom grünen Bürgermeister und Finanzdezernenten Günter Beck. Dieser hatte behauptet, dass festgelegt sei, dass die ZBM-Geschäftsführerposten von Vertretern der Ampelparteien besetzt werden sollen. „Wir fragen uns ernsthaft, wie Herr Beck auf so etwas kommt. Die ZBM ist die Holding der Stadt Mainz und hat die Aufgabe, die ihr unterliegenden städtischen Gesellschaften zu steuern. In keinem offiziellen Regelwerk ist auch nur im Ansatz zu finden, was Günter Beck von sich gegeben hat. Die ZBM soll parteipolitisch neutral im Sinne der Stadt agieren. Sie ist keine Organisation der Ampelkoalition“, so Schönig. Dass jetzt nach Daniel Gahr von den Stadtwerken offenbar mit dem FDP-Mann Franz Ringhoffer von der Wohnbau ein weiterer aktueller Geschäftsführer einer stadtnahen Gesellschaft den Posten an der Spitze der ZBM übernehmen soll, sei überaus kritisch. Es könne nicht sein, dass sich damit die beiden Geschäftsführer quasi selbst kontrollieren.



Für Hannsgeorg Schönig und Sabine Flegel ist das Verhalten der Ampel unanständig:

„Es ist bedenklich, dass für SPD, Grüne und FDP das Parteibuch wichtiger ist als Fachkompetenz. Völlig ohne Grund wird mit einer solchen Entscheidung das politische Klima im Rat vergiftet.“

Markus Volland vom SWR kommentierte den Vorgang am 11.12.2018 wie folgt:

„[...] Manuela Matz wird nicht Geschäftsführerin (Anm.: der ZBM) sein. Warum wohl? Gibt es dort Geheimnisse, von denen Matz nichts wissen soll? Oder will sich die Ampelkoalition einfach nicht von einer CDU-Frau in die Karten schauen lassen, ihr Ding genauso durchziehen wie bisher? Der Verdacht liegt nahe, denn statt Matz soll Franz Ringhoffer in die ZBM nachrücken - ein FDP-Mann. Die Liberalen haben ihren Dezernentenposten verloren, zum Ausgleich gibt es ein anderes Pöstchen. Irgendwie riecht das nach Käse, nach Handkäse - und ich dachte, diese Zeiten seien lange vorbei.“



Aus dem Stadtrat: Beigeordnetenwahl II

Thomas Gerster mit sehr gutem Ergebnis

Katrin Eder von den Grünen bleibt Umwelt- und Verkehrsdezernentin

Katrin Eder bleibt Umwelt- und Verkehrsdezernentin der Stadt Mainz. Der Stadtrat wählte die Grünen-Politikerin in der Sitzung am 21. November 2018 für weitere acht Jahre. CDU-Kandidat Thomas Gerster war letztlich chancenlos, konnte aber neben den Stimmen seiner eigenen Fraktion noch drei weitere gewinnen und erreichte somit ein sehr gutes Ergebnis. Damit ist zu befürchten, dass die, insbesondere im Verkehrsbereich, ideologische Politik von Eder fortgesetzt wird.

In seiner Rede im Rat legte Gerster zunächst ein Bekenntnis zu seiner Geburtsstadt Mainz ab. „Grundlage meiner Politik war immer das Wohl der Stadt und der Menschen, die hier leben. Mainz ist die tollste Stadt der Welt. Das sollte uns aber nicht daran hindern, sie noch besser zu machen.“ In den Fachbereichen, für die er kandidiere, gebe es unglaublich viel zu tun. So würden immer mehr Fahrzeuge in die Stadt drängen und die immer enger werdenden Straßen verstopfen. Eine wichtige Aufgabe sei es deshalb, den Durchgangsverkehr zu reduzieren bzw. aus der Stadt herauszuhalten. „Wir brauchen schnellstmöglich den sechsstreifigen Ausbau des Mainzer Rings und den Bau einer zusätzlichen Rheinquerung in Mainz, aber idealerweise auch neue Brücken bei Bingen und im Süden, die uns den Durchgangsverkehr aus der Stadt leiten.“ Benötigt werde zudem die Erstellung eines integrierten Verkehrskonzepts, das zunächst ehrlich ermittelt, wie die Verkehrsströme heute laufen und welche Entwicklung man für die Zukunft erwarten könne. Gerster plädierte zudem für eine strikte Trennung von KFZ-, Rad- und Fußgängerverkehr. Das von Frau Eder präferierte und geförderte Konzept, mehrere Verkehrsarten im selben Verkehrsraum zu bündeln, führe zu Verdruss bei allen Verkehrsteilnehmern. Vielmehr müssten endlich neue Radwege gebaut werden.

Der CDU-Kandidat betonte, dass auch im Umwelt- und Grünbereich vieles im Argen liege. Das drohende Dieselfahrverbot zeige, dass beim Thema Luftverbesserung in den letzten Jahren nicht genug unternommen wurde. Das beste Mittel zur Klima- und Luftverbesserung seien Brunnen und Bäume. Gerade hier habe aber die Ampel in den letzten den Rotstift bzw. die Axt angesetzt. „Ich will, dass alle Brunnen dieser Stadt endlich wieder sprudeln und Bäume gepflanzt statt gefällt werden.“ Bestehende Grünflächen müssten erhalten bleiben und zudem neue geschaffen werden. Es müsse Schluss sein mit reiner Symbolpolitik. Notwendig sei vielmehr ein konzeptorientiertes und geplantes Handeln.

Auch wenn es am Ende nicht gereicht hat, dankten CDU-Fraktionschef Hannsgeorg Schöning und CDU-Kreisvorsitzende Sabine Flegel Thomas Gerster,

dass er sich bereit erklärt hatte, trotz der schlechten Ausgangslage für den Posten zu kandidieren. „Wir sind uns sicher, dass er die bessere Wahl gewesen wäre. Wir sind froh, dass er sich weiterhin mit ganzer Kraft für eine bessere Verkehrs- und Umweltpolitik einsetzen wird.“



CDU-Kandidat
Thomas Gerster
plädierte im Rat für
eine andere Verkehrs-
und Umweltpolitik:

„Die Menschen wünschen sich weniger Ideologie. Das von Frau Eder geförderte Konzept, mehrere Verkehrsarten im selben Verkehrsraum zu bündeln, führt zu Verdruss und Unverständnis.“



Fotos: CDU-Stadtratsfraktion



Aktuelles: Kommunalwahl 2019

Hannsgeorg Schöning führt Liste der CDU an

Christdemokraten wollen wieder stärkste Kraft im Mainzer Stadtrat werden

Hannsgeorg Schöning ist der Spitzenkandidat der Mainzer CDU für die Stadtratswahl am 26. Mai 2019. Auf dem Mitgliederparteitag am 17. November 2018 in Gonsenheim erhielt der aktuelle Vorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion 133 Ja-Stimmen bei 23 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen. Schöning gehört dem Stadtrat bereits seit 1989 an und lebt mit seiner Frau und seinen zwei Kindern im Stadtteil Lerchenberg.

Auf Listenplatz 2 wählten die Mitglieder die CDU-Bundestagsabgeordnete Ursula Groden-Kranich. Ihr folgt auf Platz 3 die CDU-Kreisvorsitzende Sabine Flegel. Zum Spitzenteam gehören zudem Klaus Hafner auf Platz 4 und Claudia Siebner auf Platz 5.

Hannsgeorg Schöning und Sabine Flegel zeigten sich erfreut über den Verlauf des Parteitags und zufrieden über die Stadtratsliste. „Wir haben mit diesem ausgewogenen Personalangebot hervorragende Chancen, wieder stärkste Fraktion im Stadtrat zu werden. Unser klares Ziel ist es, bei der Wahl so stark zu werden, dass an uns nicht mehr vorbeiregiert werden kann und die Ampel endlich ausgeschaltet wird“, erklärten die beiden CDU-Politiker.

Schöning kritisierte in seiner Rede die Politik der Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP sowie die Arbeit von Oberbürgermeister Michael Ebling scharf. „Seit langem herrscht in unserer Stadt Stillstand. Von Visionen, neuen Ideen und Aufbruch fehlt jede Spur. Die Verantwortung für diese unbefriedigende Situation tragen die mittlerweile seit Dezember 2009 regierende Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP sowie ein Oberbürgermeister, der zwar gerne Feste eröffnet aber ansonsten keine Inhalte anzubieten hat“, so der seit 2012 amtierende Fraktionsvorsitzende. Wenn man sich in der Stadt genau umhöre, dann merke man, dass dies auch immer mehr Menschen so sehen und sich nach einer Politik sehnen, die aktiv gestaltet und Chancen nutzt. Und genau dafür stehe die CDU.

„Wenn man sich die Bilanz der Ampel genauer anschaut, dann ist da ganz viel heiße Luft. Echte, nachhaltige Erfolge sucht man vergeblich“, so Schöning. Vieles, etwa beim wichtigen Thema Wohnraum, basiere einzig und allein auf Zufällen. Mainz werde seit Jahren nur noch verwaltet und nicht gestaltet. Die CDU habe dagegen klare Vorstellungen, Konzepte und Ziele. Von einer notwendigen weiteren Rheinbrücke über einen neuen Stadtteil bis hin zur Digitalisierung.

Schöning appellierte an die Geschlossenheit und den Kampfgeist der Mainzer CDU: „Lassen Sie uns gemeinsam und mit großem Einsatz dafür kämpfen, dass unsere schöne Stadt endlich wieder den politischen Schwung erhält, den sie verdient. Und das geht nur mit einer starken CDU!“



Hannsgeorg Schöning und Sabine Flegel kämpfen gemeinsam für eine starke CDU im Stadtrat.



Foto: AZ Mainz

Die ersten 10 Listenplätze lauten wie folgt:

- 1. Hannsgeorg Schöning**
- 2. Ursula Groden-Kranich**
- 3. Sabine Flegel**
- 4. Klaus Hafner**
- 5. Claudia Siebner**
- 6. Thomas Gerster**
- 7. Dr. Markus Reinbold**
- 8. Karsten Lange**
- 9. Norbert Solbach**
- 10. Natascha Bauer**

CDU Kreisverband Mainz

Unser Mainz hat mehr verdient



Aus dem Stadtrat: Doppelhaushalt 2019/2020

CDU lehnt Haushaltsentwurf 2019/2020 ab

CDU-Finanzexperte Dr. Peter Tress mit harter Kritik an Finanzdezernent Beck

Der Mainzer Stadtrat hat in einer Sondersitzung am 28. November 2018 mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP dem Haushaltsentwurf der Verwaltung sowie dem Begleit Antrag der Ampelkoalition zugestimmt. Die CDU votierte gegen beide Vorlagen. Ihr eigener Begleit Antrag wurde von der Ampel abgelehnt.

In seiner Rede im Rat betonte Dr. Peter Tress, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Stadtratsfraktion, dass sich die Haushaltssituation der Stadt aufgrund der seit Jahren positiven wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands zwar etwas verbessert habe, sie aber weiter äußerst schwierig bleibe. Der Schuldenstand der Stadt Mainz betrage immer noch mehr als eine Milliarde Euro. „Es gibt deshalb überhaupt keinen Grund, die Situation schön zu reden“, so Tress. Die hohen Gewerbesteuererinnahmen seien nicht das Verdienst von Finanzdezernent Günter Beck, sondern eine Folge der ausgezeichneten Konjunktur.

Die CDU habe stets betont, dass es sich bei vielen Ausgaben um Pflichtleistungen handelt, welche die Stadt aufgrund von Bundes- oder Landesgesetzen erfüllen müsse. Dies betreffe weiterhin insbesondere den Sozial- und Jugendhilfebereich. Viel Spielraum bleibe nicht. Es sei aber nach wie vor ein Skandal, dass insbesondere die Landesregierung die Städte und Gemeinden seit Jahren im Regen stehen lasse. Das gelte etwa auch beim Thema Hortplätze. Hier müsse sich das Land dringend stärker einbringen.

Um einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen zu können, seien Haushaltsansätze entweder zu niedrig oder gar nicht eingestellt worden. Dies treffe etwa auf die Rathaussanierung zu. Jeder wisse, dass die veranschlagten etwa 70 Millionen Euro niemals ausreichen werden. Auch seien die Mittel für die Straßen viel zu gering.

Die CDU hatte deshalb in ihrem Haushaltsbegleit Antrag umfangreiche Forderungen gestellt. Hierzu gehörte beispielsweise eine Erhöhung der Ansätze für den Bau und die Unterhaltung der Straßen und Wirtschaftswege um eine Million Euro, die Erhöhung des Ansatzes für die Pflege und den Ausbau der Radwege um 500.000 Euro, das Einstellen von Planungskosten für einen neuen Stadtteil und die Ausweisung neuer Wohngebiete, die Verdoppelung der Stadtteilkulturmittel pro Stadtteil, Mittel für das Pflanzen neuer Bäume sowie die Abschaffung der neu geschaffenen städtischen Abteilung Gebäude-Contracting.

Die Vertreter der Ampelkoalition, die in ihrem eigenen Antrag gerade einmal einen einzigen eigenen konkreten Vorschlag gemacht haben, malten in ihren Reden ein Bild von der finanziellen Situation der Stadt, das mit der Realität wenig bis gar nichts zu tun hat. Kein Wort etwa davon, das Land Rheinland-Pfalz endlich stärker in die Pflicht zu nehmen. Keine Anregung der Opposition wurde aufgegriffen.

„Es ist schade, dass unsere konstruktiven Vorschläge von der Ampel abgelehnt wurden. Das zeigt letztlich einmal mehr, dass es SPD, Grünen und FDP überhaupt nicht darum geht, unsere Stadt voranzubringen und Verbesserungen für die Menschen zu erreichen. Ihr eigener Begleit Antrag hat den Namen nicht verdient. Er ist reine Prosa und völlig inhaltslos. Das ist für eine Koalition eindeutig zu wenig und zeigt, dass nach mittlerweile neun Jahren in der Koalition nur noch Ideenarmut vorherrscht“, erklärte Dr. Peter Tress.



Dr. Peter Tress,
finanzpolitischer
Sprecher der CDU,
kritisierte die Ampel:

„Es ist ein Armutszeugnis, dass die Ampelkoalition in ihrem Begleit Antrag nur einen einzigen konkreten Vorschlag gemacht hat. Das zeigt die Ideenarmut.“

CDU Stadtratsfraktion Mainz - Rathaus - 51128 Mainz



Antrag zur Sitzung des Stadtrats am 28. November 2018

Begleit Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Haushaltsentwurf 2019/2020

Der Stadtrat möge beschließen:

Die finanzielle Situation der Landeshauptstadt Mainz hat sich in den letzten Jahren etwas verbessert. Der Schuldenstand ist aber nach wie vor exorbitant hoch.

An dieser Entwicklung hat die Politik der Verwaltung jedoch nur einen marginalen Anteil. Mainz profitiert vielmehr massiv von der seit Jahren anhaltenden positiven wirtschaftlichen Lage in Deutschland. Das zeigt sich etwa anhand der hohen Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Auch hat der Bund die Kommunen in den vergangenen Jahren finanziell deutlich entlastet. Darüber hinaus sind etliche Ansätze offenbar bewusst zu niedrig angesetzt oder fehlen völlig.

Die CDU-Stadtratsfraktion hat in den letzten Haushaltsbegleit Anträgen stets betont, dass es sich bei vielen Ausgaben um Pflichtleistungen handelt, welche die Stadt aufgrund von Bundes- und/oder Landesgesetzen erfüllen muss. Dies betrifft insbesondere den Sozial- und Jugendhilfebereich.

Im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland ist das Land Rheinland-Pfalz in Finanzfragen der erste Ansprechpartner der Kommunen. Dieses lässt die Städte und Gemeinden aber nach wie vor weitgehend im Stich.

Die CDU-Stadtratsfraktion erneuert deshalb ein weiteres Mal ihre bereits in den letzten vier Haushaltsbegleit Anträgen aufgestellte Forderung und bittet die Verwaltung, sich beim Land Rheinland-Pfalz massiv dafür einzusetzen, dass die Kommunen endlich eine angemessene kommunale Finanzausstattung erhalten, um ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllen zu können. Auch muss gewährleistet sein, dass ein finanzieller Handlungsspielraum für freie Entscheidungen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung besteht.



Foto: CDU-Stadtratsfraktion



Aus dem Stadtrat: Wohlfahrtsverbände

CDU empört über Verhalten der Ampel

Koalition lässt Wohlfahrtsverbände im Regen stehen - Unverständnis bei CDU

Die Wohlfahrtsverbände leisten seit vielen Jahren im Sozialbereich an verschiedenen Stellen eine überaus wichtige und unverzichtbare Arbeit und entlasten mit ihrem Engagement die Stadt Mainz. Um dieses aber ausüben zu können, sind die freien Träger auf Zuschüsse und finanzielle Unterstützung angewiesen. Dies gilt etwa für den Bereich der Lohnkosten. Der Jugendhilfeausschuss beantragte deshalb vor einigen Wochen, die Mittel für die freien Jugendhilfeträger aufgrund tariflicher Veränderungen für die Haushaltsplanungen des Doppelhaushaltes 2019/2020 um 7,32 Prozent zu erhöhen, was jährlichen Mehrkosten von etwa 88.000 Euro entspricht. Im Ausschuss gab es für diesen Antrag eine Mehrheit. Die Ampel enthielt sich jedoch. Im Finanzausschuss und auch im Stadtrat lehnten SPD, Grüne und FDP das Anliegen dann gegen die Stimmen der CDU ab.

Vertreter der Union zeigten sich über das Verhalten der Ampelkoalition empört und stellten sich klar hinter die Wohlfahrtsverbände. „Wir als CDU haben die Forderung der Verbände sowohl in den Ausschüssen als auch im Stadtrat mit unserem Haushaltsbegleit Antrag immer klar unterstützt, weil er inhaltlich völlig richtig ist. Wir können das Agieren der Ampel und auch der Verwaltung bei diesem Thema überhaupt nicht nachvollziehen und können darüber nur den Kopf schütteln“, kritisiert die jugend- und sozialpolitische Sprecherin Claudia Siebner. Dieses Vorgehen sei auch deshalb unverständlich, weil der ehemalige Sozialdezernent Kurt Merkator (SPD) erst vor wenigen Jahren bei Beratungen zu dieser Thematik zugesagt hatte, dass Personalkostensteigerungen von der Stadt aufgefangen würden. Dass die Ampel und der amtierende Sozialdezernent Lensch von dieser Zusage jetzt plötzlich nichts mehr wissen wollten und den berechtigten Antrag mit unpassenden Argumenten abgelehnt haben, sei nichts anderes als ein Schlag ins Gesicht der Wohlfahrtsverbände. „Verlässlichkeit sieht eindeutig anders aus“, so Siebner.

Die Wohlfahrtsverbände seien seit vielen Jahren ein verlässlicher Partner und leisteten hervorragende Arbeit. „Sie haben Anerkennung und Dank verdient. Schließlich wird die Stadt durch das Engagement entlastet“, betont die CDU-Sozialpolitikerin. Würden die Verbände sich nämlich nicht engagieren oder sich zurückziehen, dann müsste die Stadt selbst die Aufgaben übernehmen. Das würde letztlich zu höheren Kosten führen. Die Verärgerung der Verbände sei absolut nachvollziehbar. „In den letzten Jahren hat die Verwaltung mit Unterstützung der Ampel hohe Beträge für externe Beratung oder Hilfe ausgegeben. Bei den Wohlfahrtsverbänden sperrt man sich jetzt bei Kosten in Höhe von 88.000 Euro jährlich. Das passt überhaupt nicht zusammen. Letztlich haben SPD, Grüne und FDP mit ihrer Ablehnung gezeigt, was ihnen die Arbeit der Wohlfahrtsverbände tatsächlich wert ist. Aus unserer Sicht ist das Verhalten beschämend“, sagt Claudia Siebner.



Claudia Siebner
sozialpolitische
Sprecherin, übt Kritik
an der Ampel:

„Die Wohlfahrtsverbände leisten seit vielen Jahren eine hervorragende Arbeit und entlasten mit ihrem Einsatz die Stadt. Das Verhalten der Ampelkoalition ist einfach nur beschämend. Sie zeigt damit, was ihnen diese Arbeit tatsächlich wert ist.“



- Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Mainz-Stadt e.V.
- Arbeiterwohlfahrt Ortsverein Mainz-Gonsenheim/Mombach e.V.
- Arbeiterwohlfahrt Ortsverein Mainz-Neustadt
- Arbeiterwohlfahrt Ortsverein Mainz-Weisenau e.V.
- Caritas-Verband Mainz e.V.
- Deutsches Rotes Kreuz (DRK) Kreisverband Mainz-Bingen e.V.
- Diakonisches Werk Mainz-Bingen
- Gemeinnützige Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit
- Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. Regionalverband Rheinhessen
- Sozialverband VdK Rheinland-Pfalz e.V.
- Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.



Aus dem Stadtrat: Mobilität

CDU will Gesamtkonzept zum Thema Mobilität

Union will attraktiveren ÖPNV und Entlastungen – Ampel lehnt Antrag ab

Das Thema Mobilität ist in aller Munde. Und das nicht erst seit der Diskussion über mögliche Dieselfahrverbote in deutschen Städten. Viele Menschen machen sich Gedanken, wie man die Situation verbessern kann. Auch in Mainz läuft bei weitem nicht alles rund. Die CDU hatte die Thematik deshalb auf die Tagesordnung der Stadtratssitzung am 21. November 2018 setzen lassen und einen Antrag eingebracht.

In diesem wurde die Verwaltung gebeten, unter Einbeziehung der Partner im RMV und im RNN ein Gesamtkonzept zum Thema Mobilität für alle zu erarbeiten und vorzulegen. In dem Konzept sollte dargelegt werden, wie der ÖPNV in Mainz attraktiver sowie kunden- und anwohnerfreundlicher gestaltet werden kann. Untersucht werden sollte zudem, wie die Reduzierung von Fahrpreisen bzw. die unterschiedlichen Ticketpreise für bestimmte gesellschaftliche Gruppen, wie etwa berufstätigen Alleinerziehenden, Familien mit Kindern, Menschen mit geringen Einkommen, Beziehern von Arbeitslosengeld, Menschen im Ruhestand etc., gestaltet werden könnten und welche finanziellen Auswirkungen dies für die Stadt nach sich ziehen würde.

In seiner Rede im Stadtrat betonte Thomas Gerster, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, dass der gesamte Themenkomplex Mobilität unbedingt angegangen werden müsse. Die Menschen wünschten sich Verbesserungen. Um dies zu erreichen, müsse man sich umfassend Gedanken machen und Strategien entwickeln. Ein Gesamtkonzept Mobilität sei dringend erforderlich, um die unterschiedlichen Punkte und Ideen zu bündeln und zusammenzufassen. „Wir müssen vor allem nach Möglichkeiten suchen, wie wir den ÖPNV attraktiver gestalten können und wie dieser für alle gesellschaftlichen Gruppen bezahlbar bleibt“, so der Verkehrspolitiker. Wichtig sei, für bestimmte Personengruppen Entlastungen zu erreichen. Dies gelte insbesondere für Familien mit Kindern oder auch für Ruheständler mit einer geringen Rente. Der MainzPass der Verwaltung greife in dieser Hinsicht zu kurz. Wenn man dieses Thema wirklich angehen wolle, dann komme man an der Erstellung eines Gesamtkonzepts einfach nicht vorbei.

Bei der Ampelkoalition stieß die Argumentation von Gerster jedoch auf taube Ohren. Der CDU wurde sogar vorgeworfen, Sozialneid zu schüren. Und so war es nicht verwunderlich, dass SPD, Grüne und FDP den Antrag ablehnten. Bei CDU-Fraktionschef Hannsgeorg Schönig stieß das Verhalten auf Unverständnis: „Wir haben im September nahezu textgleich diesen Antrag als Änderungsantrag eingebracht. Damals hieß es von Seiten der Ampel, dass dies sinnvoll sei und man ihn unterstützen könne, wenn er nochmal als eigenständiger Antrag eingebracht werden würde. Genau das haben wir gemacht. Und jetzt auf einmal will man davon nichts mehr wissen und lehnt den Antrag mit fadenscheinigen Argumenten ab. Die Ampel zeigt damit einmal mehr ihr wahres Gesicht.“



Thomas Gerster, verkehrspolitischer Sprecher der CDU, betonte im Rat:

„Wir müssen dieses wichtige Thema endlich konzeptionell angehen. Die Menschen wünschen sich in diesem Bereich Verbesserungen. Wir müssen nach Möglichkeiten suchen, wie wir den ÖPNV attraktiver gestalten können und wie dieser bezahlbar bleibt. Notwendig sind Entlastungen für bestimmte Personengruppen.“



Foto: CDU-Stadtratsfraktion





Aktuelles: Diesel-Urteil

CDU enttäuscht über Diesel-Urteil

Kritik an DUH – Verwaltung soll alles tun, um Fahrverbote zu verhindern

Ein mögliches Dieselfahrverbot beschäftigt seit vielen Jahren die Öffentlichkeit. Seit einigen Wochen ist klar, dass ein solches Verbot ab September 2019 auch in Mainz möglich ist. Zu diesem Urteil kam im Oktober das Verwaltungsgericht. Die CDU zeigte sich im Anschluss enttäuscht. „Wir haben auf eine Abweisung der Klage der Deutschen Umwelthilfe (DUH) gehofft und sind deshalb mit der Entscheidung natürlich nicht zufrieden“, so die Kreisvorsitzende Sabine Flegel, der Fraktionsvorsitzende Hannsgeorg Schöning sowie der verkehrspolitische Sprecher Thomas Gerster.

Die hohen Stickstoffoxidwerte seien ohne Frage ein Problem. Die Stadt Mainz habe aber in den vergangenen Jahren zu viel Zeit ohne Aktivitäten und umgesetzter Maßnahmen verstreichen lassen. Dies müssten sich die grüne Verkehrsdezernentin Katrin Eder und Oberbürgermeister Michael Ebling schon ankreiden lassen. Nur auf den Bund und die Automobilindustrie zu zeigen, solle offensichtlich von den eigenen Versäumnissen ablenken. Gleichwohl sei angesichts des sich abzeichnenden Gerichtsverfahrens im vergangenen Jahr viel unternommen worden, um die Situation zu verbessern. „Es ist bedauerlich, dass die vielfältigen Bemühungen nicht stärker anerkannt bzw. berücksichtigt wurden und trotz seit Jahren stetig sinkender Mittelwerte eine Notwendigkeit des schärfsten Mittel gesehen wird“, sagten die CDU-Politiker. So sei sowohl bei der Einführung der entsprechenden Grenzwerte als auch bei der nunmehr erfolgten Bewertung vollständig außer Acht gelassen worden, dass es geografische Gegebenheiten gebe, die selbst bei effektivster Schadstoffreduzierung nicht zu einer Einhaltung der Grenzwerte führt. Auch hätte man fairerweise abwarten müssen, ob es in den Städten, die bereits Fahrverbote verhängt haben, tatsächlich zu einer Reduzierung der Schadstoffbelastung kommt.

Die CDU fordere von der Verwaltung, dass sie jetzt weiter alles unternehme, um ein Dieselfahrverbot zu verhindern. „Die Verwaltung muss sich in diesem Zusammenhang fragen lassen, warum Maßnahmen, wie zum Beispiel die Einführung von Grünen Wellen oder einer intelligenten Verkehrsleitung, die schon seit über zehn Jahren im Luftreinhalteplan enthalten sind, plötzlich als Neuerungen aufgeführt wurden, obwohl sie schon längst hätten umgesetzt werden können“, betonte Gerster. Auch wären Umrüstungen der Busflotte ohne weiteres schon früher möglich gewesen. Die Stadt müsse jetzt alles dafür tun, die Grenzwerte im ersten Halbjahr 2019 einzuhalten, um ein Fahrverbot zu verhindern.

Scharfe Kritik übt die CDU am Verhalten der DUH. „Wir sind weiter der Ansicht, dass die Umwelthilfe ihre Ziele auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger durchsetzen möchte. Für uns bleibt das absolut inakzeptabel. Wir haben dafür kein Verständnis“, kritisieren Sabine Flegel, Hannsgeorg Schöning und Thomas Gerster.



Sabine Flegel,
CDU-Kreisvorsitzende,
meint:

„Wir sind über das Urteil des Verwaltungsgerichts Mainz sehr enttäuscht.

Die Verwaltung muss jetzt alles unternehmen, um ein Dieselfahrverbot in unserer Stadt zu verhindern.“



Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien persönlich, aber auch im Namen aller Kolleginnen und Kollegen der CDU-Ratsfraktion, ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute für das Jahr 2019.

Herzliche Grüße,

Ihr Hannsgeorg Schöning

